

## Parlamentarischer Vorstoss

2026/4869

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Unterstützung von interkommunalen Schulinseln / Time-out-Angeboten im Kanton Basel-Landschaft</b>
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	26. März 2026
Dringlichkeit:	—

---

Schulinseln oder zeitlich befristete Time-out-Angebote innerhalb oder zwischen Schulen können einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Schülerinnen und Schülern leisten, die vorübergehend eine engere Begleitung oder eine Entlastung vom regulären Klassenverband benötigen. Sie dienen der Prävention von Eskalationen, Schulabsenzen oder kostspieligen externen Platzierungen und unterstützen sowohl die betroffenen Kinder und Jugendlichen als auch Lehrpersonen und Klassen.

Gerade kleinere Gemeinden verfügen jedoch häufig nicht über die nötigen personellen oder finanziellen Ressourcen, um eigenständig entsprechende Angebote aufzubauen. Interkommunale Lösungen zwischen Nachbargemeinden können hier eine effiziente und pädagogisch sinnvolle Alternative darstellen. Vereinzelt tun dies auch schon diverse Gemeinden, beispielsweise im Birstal. Für ein breiteres Angebot braucht es jedoch klare Rahmenbedingungen sowie gegebenenfalls eine koordinierende und unterstützende Rolle des Kantons.

Mit der Prüfung soll aufgezeigt werden, wie tragfähige, niederschwellige und wirtschaftlich sinnvolle Strukturen geschaffen werden können, um Gemeinden bei der Förderung von tragfähigen Bildungsbiografien und der Entlastung der Regelschulen wirksam zu unterstützen.

Dazu stellt sich insbesondere die Frage, wie der Kanton Basel-Landschaft die Gemeinden bei der Einrichtung und dem Betrieb von sogenannten Schulinseln oder kleineren Time-out-Angeboten, im Speziellen in interkommunaler Zusammenarbeit zwischen Nachbargemeinden, unterstützen kann.

- 1. Welche rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für solche Angebote derzeit bestehen.**
  - 2. Welche Formen der kantonalen Unterstützung (z. B. Anschubfinanzierung, Mitfinanzierung, Beratung, Koordinationsleistungen oder rechtliche Klärungen) möglich und sinnvoll wären.**
-

- 3. Wie interkommunale Kooperationen gefördert werden können, um Synergien zu nutzen und wirtschaftlich tragfähige Lösungen auch für kleinere Gemeinden zu ermöglichen.**
- 4. Welche gesetzlichen und organisatorischen Anpassungen nötig sind, um interkommunale Lösungen zwischen Nachbargemeinden unbürokratisch zu ermöglichen?**
- 5. Welche Qualitätsstandards und pädagogischen Leitlinien für solche Schulinseln bzw. Time-out-Angebote empfohlen oder vorgegeben werden sollten.**
- 6. Wie solche Angebote in die bestehende Struktur der integrativen Schulung, der Speziellen Förderung sowie der Kinder- und Jugendhilfe eingebettet werden können.**